

Einladung zur Fachtagung am 9. Mai 2009

Am 23. Mai 1949 wird das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre alt. Im Kern war diese Verfassung eine Antwort auf den Krieg, die Barbarei und die millionenfachen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland. Die Forderung „Nie wieder Krieg“ sollte vor allem durch die Gewährung von Gewissensfreiheit und den Schutz vor Zwangs-Kriegsdienst gegen das Gewissen der Betroffenen garantiert werden – formuliert in einer Zeit, als es kein deutsches Militär gab.

Mitte der 1950er Jahre wurde die Remilitarisierung Deutschlands (im Westen als Teil der NATO, im Osten als Teil des Warschauer Paktes) beschlossen, 1956 die Wehrpflicht wieder eingeführt. Seit der Vereinigung mit der DDR ist die Bundesrepublik zunehmend militärisch in vielen Teilen der Welt aktiv und führt – mit und ohne völkerrechtliche Grundlage – Krieg. Nach den Anschlägen des 11. September 2001 erklärte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder den USA die „uneingeschränkte Solidarität“ und beschloss erstmals den (bis heute geltenden) NATO-Bündnisfall mit. Und Schröder erklärte weiter: „Die Entscheidung [des Parlaments über den Bundeswehreininsatz in Afghanistan] im Dezember 2001 setzte einen Schlusspunkt unter das Kapitel der eingeschränkten Souveränität Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg. Wir sind damit zu einem gleichberechtigten Partner in der internationalen Staatengemeinschaft geworden.“ Und seitdem sind Militär und Kriegsbeteiligung Teil deutscher Politik.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist angesichts dieser Entwicklungen und der jeweiligen Rahmenbedingungen ein (bei allen Liberalisierungstendenzen) in der Praxis eingeschränktes Recht geblieben, das sich Kriegsdienstverweigerer gegen staatliche Willkür und vielfältige Diskriminierung erstreiten müssen.

Sind wir also 60 Jahre später noch in guter Verfassung? Kann es darauf überhaupt eine einhellige Antwort geben angesichts von sechs Jahrzehnten bundesrepublikanischer Geschichte mit riesigem technischen Fortschritt und vielfachem gesellschaftlichen Wandel – sowohl innen- als auch außenpolitisch? Was ist der Maßstab für „gute Verfassung“? Und wird man sich auf eine gemeinsame Anwendung einigen können – insbesondere im Kontext der europäischen Entwicklung?

Seit 52 Jahren besteht die Aufgabe der Zentralstelle KDV darin, das Grundrecht in Artikel 4 als Ausdruck eines demokratischen und rechtsstaatlichen Staatsverständnisses hochzuhalten und seine Anwendung im Alltag kritisch zu begleiten. Unser Maßstab ist der einer nachhaltigen Entwicklung in Richtung Zivilgesellschaft. Was trägt zur Entwicklung ziviler Strukturen bei? Was hilft bei der Stärkung der Friedensfähigkeit – nach innen und nach außen, individuell und strukturell? Was sind die Alternativen „im Krieg“ und „zum Krieg“?

Darüber wollen wir auf unserer Fachtagung zum Geburtstag des Grundgesetzes nachdenken und kritisch diskutieren. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein.

Organisatorisches

Anmeldung

Wir bitten um Anmeldung bis zum 30. April 2009
per Post: Zentralstelle KDV, Sielstraße 40, 26345 Bockhorn
per Fax: 04453/9864890
online: www.Zentralstelle-KDV.de

Tagungsbeitrag

Der Tagungsbeitrag in Höhe von 20 Euro ist zu Beginn der Fachtagung zu bezahlen. Das Hochstädter KDV-Beratungsteam lädt die TagungsteilnehmerInnen zum Mittagessen ein.

Anreise

Maintal-Hochstadt ist über den Bahnhof Maintal-Ost mit der Deutschen Bahn von Frankfurt-Hauptbahnhof oder von Hanau zu erreichen. Vom Bahnhof gibt es einen kostenlosen Abholservice; telefonische Vorbestellung unter 06181/441368. Mit dem Auto ist Maintal-Hochstadt über die Autobahn A 66, Anschlussstelle Maintal-Dörmigheim zu erreichen.

Übernachtung

Wer vor oder nach der Tagung in Maintal übernachten möchte, wende sich bitte an das KDV-Beratungsteam/Helmut Stein, Telefon 06181/441368



Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus
Gewissensgründen e.V., Sielstraße 40, 26345 Bockhorn
Telefon: 04453/9864888, Fax: 04453/9864890
E-Mail: Zentralstelle.KDV@t-online.de
Internet: www.Zentralstelle-KDV.de
Tagungstelefon: 0171/5081394



60 Jahre Grundgesetz

60 Jahre KDV-Recht

53 Jahre Wehrpflicht

... und (k)ein bisschen Frieden?!

Fachtagung

am Samstag, 9. Mai 2009
von 10.30 Uhr bis 17.00 Uhr
in Maintal-Hochstadt

im Evang. Gemeindehaus
Wallgraben 4
63477 Maintal

Die Fachtagung ist eine Veranstaltung im Rahmen des 25-jährigen Jubiläums des Hochstädter KDV-Beratungsteams

Das Programm

Ab 10.00 Uhr

Anmeldung, Kaffee/Tee

10.45 Uhr Eröffnung der Fachtagung

Grundgesetz – Kriegsdienstverweigerung – Wehrpflicht – Frieden

Michael Germer im Gespräch mit Werner Glenewinkel (*Zentralstelle KDV*) und Helmut Stein (*Hochstädter KDV-Beratungsteam*)

11.00 Uhr Vortrag

Wolfgang Kaleck (*European Centre for Constitutional and Human Rights*)

60 Jahre Grundgesetz, 60 Jahre KDV-Recht, 53 Jahre allgemeine Wehrpflicht – und (k)ein bisschen Frieden?!

11.45 Uhr Gesprächsrunde

60 Jahre Erfahrungen mit Grundrechten und KDV-Recht

Olaf Wittemann im Gespräch mit Ulrich Finckh, Alexander Hense, Bernd Reuter, Monty Schädel und Martin Stöhr

12.30 Uhr Mittagspause

(gleichzeitig für die Delegierten der Verbände Mitgliederversammlung der Zentralstelle KDV)

13.45 Uhr Arbeitsgruppen

Nach 60 Jahren Kriegsdienstverweigerungsrecht empfiehlt es sich, ...

Arbeitsgruppe 1

... die Beratung von KDV wieder deutlich an der grundsätzlichen Frage von Krieg und Frieden zu orientieren.

Input: Michael Hofferbert, Peter Tobiassen

Moderation: Michael Germer

Arbeitsgruppe 2

... Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten und Zivile Friedensdienste stärker in den Blick zu nehmen.

Input: Rudi Friedrich, Heinz Wagner

Moderation: Werner Glenewinkel

Arbeitsgruppe 3

... sich auf die antimilitaristischen Elemente der Verfassung von 1949 zu besinnen.

Input: Wolfgang Kaleck, Ulrich Finckh

Moderation: Stefan Philipp

Arbeitsgruppe 4

... die Wehrpflicht abzuschaffen.

Input: Ralf Siemens, Helmut Stein

Moderation: Hans-Jürgen Wiesenbach

15.15 Uhr Kaffeepause

15.45 Uhr Plenum

„Maintaler Erklärung“

Podium mit den vier Berichterstattern aus den Arbeitsgruppen und einem Platz für Stellungnahmen aus dem Publikum, Diskussion und Verabschiedung der Maintaler Erklärung.

Moderation: Helmut Stein

16.30 Uhr Schlusswort

Werner Glenewinkel (*Zentralstelle KDV*)

17.00 Uhr Ende der Fachtagung

Die Mitwirkenden

Ulrich Finckh, Pastor i.R., war bis 2003 Vorsitzender der Zentralstelle KDV und seit 1963 Beistand für Kriegsdienstverweigerer.

Rudi Friedrich ist Sprecher von Connection e.V. und betreut Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten.

Michael Germer, Pfarrer, ist stellv. Vorsitzender der Zentralstelle KDV.

Dr. Werner Glenewinkel, Jurist und Fachhochschullehrer, ist Vorsitzender der Zentralstelle KDV.

Alexander Hense, Student, ist Totaler Kriegsdienstverweigerer;

Michael Hofferbert ist Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Wehrrecht.

Wolfgang Kaleck, Rechtsanwalt, ist Generalsekretär des European Centre for Constitutional and Human Rights.

Stefan Philipp, Journalist, ist stellv. Vorsitzender der Zentralstelle KDV;

Bernd Reuter war SPD-Bundestagsabgeordneter (1980-2002) und Beisitzer in einem KDV-Prüfungsausschuss.

Monty Schädel ist Geschäftsführer der DFG-VK, war in der DDR und in der BRD wehrpflichtig, verweigerte die Wehrpflicht und wurde zu einer Haftstrafe verurteilt.

Ralf Siemens, Politikwissenschaftler, ist tätig in der Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung.

Helmut Stein, Lehrer und kirchlicher KDV-Beistand, ist Leiter des Hochstädter KDV-Beratungsteams.

Martin Stöhr, Pfarrer i.R., ist Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung.

Peter Tobiassen ist Geschäftsführer der Zentralstelle KDV.

Heinz Wagner ist Geschäftsführer des Forums Ziviler Friedensdienst und organisiert den Einsatz von Friedensfachkräften.

Hans-Jürgen Wiesenbach, Pastor i.R., ist Schatzmeister der Zentralstelle KDV.

Olaf Wittemann, Diplom-Pädagoge, war in den 1990er Jahren Mitglied im Vorstand der Zentralstelle KDV.